Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Bernie Sanders hatte Trumps Putsch-Strategie vorhergesehen
2. Brennpunkt: Amerika hat gewählt
3. Mit den USA untergehen. Kommentar von Hans-Rüdiger Minow
4. Steigende Grundstückspreise, steigende Mieten: Diese Bundesregierung wird den Bodenwahnsinn nicht stoppen
5. DIW-Studie im Auftrag der Fraktion DIE LINKE und der Rosa-Luxemburg-Stiftung – Vermögensabgabe für das oberste Prozent
6. Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst: ÖGD-Ärzte sehen ihre Arbeit abgewertet
7. Neue Zahlen über den mittleren Verdienst eines Teils der Pflegekräfte in den Krankenhäusern, Pflegeheimen und ambulanten Pflegediensten
8. Spahn-Diktat auf Lebenszeit
9. Gerd Antes im Gespräch: Medizin-Statistiker kritisiert Lockdown: „Wir machen wieder vorhersehbare Fehler“
10. Bundestag beschließt neue Hartz-IV-Regelsätze
11. 5,5-Milliarden-Projekt: Verteidigungsausschuss stimmt für Kauf von 38 neuen “Eurofightern”
12. Monsanto-Deal: Mitarbeiter zahlen für Bayers Milliarden-Fehler
13. Das Lithium und der Putsch in Bolivien
14. Haftbefehl gegen Dr. Cum-Ex
15. Schöne Neue Welt
16. Warum Coronapause in der Kunst, aber nicht beim Castortransport?
17. Zu guter Letzt: Kanye West erklärt sich ebenfalls zum Sieger der US-Wahl

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Bernie Sanders hatte Trumps Putsch-Strategie vorhergesehen**

Aber niemand hat auf ihn gehört. Nun stellt sich auch in Deutschland Katerstimmung ein
In den USA tritt noch in der Wahlnacht ein, was viele befürchtet haben und ebenso viele nicht wahrnehmen wollten: Trotz noch anderslautender Auszählungsergebnisse hat sich Amtsinhaber Donald Trump um drei Uhr morgens (Ortszeit) zum Wahlsieger erklärt (Trump: "Ehrlich gesagt, wir haben die Wahl gewonnen"). Zu diesem Zeitpunkt lag der Republikaner bei 48,5 Prozent, sein Herausforderer Joe Biden von der Demokratischen Partei bei 49,7 Prozent. Allerdings fiel das Rennen zu diesem Zeitpunkt schon knapper aus, als von Umfrageunternehmen prognostiziert. Und einige der "battleground states", in denen Trump bessere Chancen hat, waren noch nicht ausgezählt.
Er habe die Wahl gewonnen, so Trump in den frühen Morgenstunden. US-Medien prognostizierten zu diesem Zeitpunkt allerdings noch keinen Gewinner. Juristisch hat die Siegeserklärung des Amtsinhabers zwar kein Gewicht. Trump schafft damit aber Fakten, denen später nur schwer etwas entgegenzusetzen sein wird. Dabei wurde er durchaus konkret: Er werde versuchen, die Auszählung offener Briefwahlstimmen gerichtlich stoppen zu lassen.
Nun ist es nicht so, dass diese Entwicklung aus heiterem Himmel kommt (Wahlspektakel). "Nach meiner Ansicht sollte jede Stimme gezählt werden", hatte auch der Demokratische Senator Bernie Sanders in der Late-Night-Show des US-Komikers und Moderators Jimmy Fallon gesagt. In US-Bundesstaaten wie Michigan, Pennsylvania oder Wisconsin seien zahlreiche Briefwahlstimmen für die Demokraten zu erwarten, deren Auszählung sich hinziehe. Aus unerfindlichen Gründen sei es eben so, dass Demokraten eher zur Briefwahl neigen, während Republikaner ihre Stimme in den Wahllokalen abgeben. "Meine Befürchtung ist nun, dass Trump am Wahlabend in Michigan, Pennsylvania und Wisconsin zunächst vorne liegt, dann vor den Fernsehkameras auftritt und sagt: 'Danke, Amerikaner, dass Ihr mich wiedergewählt habt, die Sache ist gelaufen, schönen Tag noch'."
Quelle: Telepolis

2. **Brennpunkt: Amerika hat gewählt**
   Am Tag nach der Präsidentenwahl berichtet Das Erste über die Ergebnisse der Wahl, die Folgen für die Politik in den USA und darüber hinaus. Wir fassen die Wahlnacht und die Reaktionen zusammen. Dazu schalten wir zu den ARD-Korrespondenten und zu Experten, um das Wahlergebnis einzuordnen. Die Sendung wird live aus dem ARD-Studio in Washington gesendet. Die Sendung wird moderiert von Andreas Cichowicz.
   Quelle: Das Erste Mediathek

Anmerkung Albrecht Müller: *Noch einmal 44 Minuten Sendung zur besten*

Sendezeit über eine Wahl in einem anderen Land, eine Wahl, die noch gar nicht entschieden ist. Interessant war dabei, wie bei anderen Sendungen in der vergangen Nacht schon zu beobachten, die penetrant vermittelte Botschaft: beide Kandidaten werden von uns in Deutschland und Europa mehr militärischen Einsatz verlangen. Und das sei gut so. In dieser Sendung standen dafür die Interviewpartner und Atlantiker Ischinger und Stelzenmüller. Und übrigens auf allen Kanälen: Röttgen.

3. **Mit den USA untergehen. Kommentar von Hans-Rüdiger Minow**
   Über den Verlauf der US-Wahlen und die Reaktionen der deutschen Außenpolitik lässt sich nicht mehr viel sagen. Was in Berlin über den amtierenden US-Präsidenten und seine nächtlichen Vorhaben zur Beendigung der Stimmenauszählung gesagt worden ist, über seine Selbstausrufung zum Sieger, über eine kommende Schlacht vor den US-Gerichten wegen angeblichen Wahlbetrugs – das alles ist harmlos, weil es den tatsächlichen Entwicklungen nicht entspricht. Es unterbietet das Ausmaß der Gewalt, die den Idealen der bürgerlichen Demokratie angetan wird, im angeblichen Stammland ihrer Herrschaft, so als wäre das alles nur ein böses Zwischenspiel, ein gefährlicher Auftritt, der im kommenden Akt, mit Protagonisten der besseren Art, mit einem anderen Skript und einer deutschen Souffleuse den Ausgang des Dramas noch abwenden könnte. Aber dazu ist es zu spät.
   Quelle: German Foreign Policy
4. **Steigende Grundstückspreise, steigende Mieten: Diese Bundesregierung wird den Bodenwahnsinn nicht stoppen**
   Extreme Bodenpreissteigerungen verschärfen die soziale Ungleichheit. Eine stärkere Regulierung ist nicht in Sicht. Auch das geplante Baulandmobilisierungsgesetz klammert die entscheidenden Fragen aus.
   Seit Jahren gibt es aus guten Gründen eine breite Debatte über steigende Mieten und Immobilienpreise. Vergleichsweise wenig Beachtung findet hingegen die mindestens ebenso dramatische Bodenpreisentwicklung. Der Bodenmarkt ist dem Immobilien- und Mietmarkt vorgelagert. Der Preis des Bodens gibt weitgehend die spätere Nutzung vor, wie ein Beispiel aus München illustriert. 2014 kostete die Herstellung eines Quadratmeters Wohnfläche in der Klenzestrasse 7160 Euro. 58 Prozent der Kosten entfielen auf den Bodenpreis, 42 Prozent auf die gesamten Aufwendungen für die Fertigung der Wohnung, von der Planung bis zur Schlüsselübergabe. Vier Jahre später kostete die Herstellung eines Quadratmeters Wohnfläche bereits 11.500 Euro, wobei 71 Prozent auf den Bodenpreis entfielen. Anders formuliert: Während die Baupreise zwischen 2014 bis 2018 um 10 Prozent gestiegen sind, haben sich die Bodenpreise für die Klenzestrasse von 4.153 auf 8.165 Euro pro Quadratmeter fast verdoppelt. Damit sich die Investition rechnet, muss 2018 eine Kaltmiete von 27 Euro pro Quadratmeter

veranschlagt werden. Würde dem Bauherrn das Grundstück kostenlos zur Verfügung stehen, rechnete sich die Investition bereits bei einer Kaltmiete von 7,81 Euro (Süddeutsche Zeitung, 29. August 2019).
Quelle: Blickpunkt WiSo

5. **DIW-Studie im Auftrag der Fraktion DIE LINKE und der Rosa-Luxemburg-Stiftung – Vermögensabgabe für das oberste Prozent**
Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) bestätigt in einer von der Fraktion DIE LINKE im Bundestag sowie der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie [PDF] die Angemessenheit der Vorschläge für eine einmalige Vermögensabgabe auf die Vermögen von Milliardären und Multi-Millionären mit hohen Freigrenzen für Betriebsvermögen zur Finanzierung der Corona-Lasten nach der Krise. Der stellvertretende Vorsitzende und finanzpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Fabio De Masi, sowie die Geschäftsführerin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Daniela Trochowski, kommentieren die Studienergebnisse.
Fabio De Masi: „Die Bundesregierung will nach der Bundestagswahl zur Schuldenbremse zurückkehren. Damit drohen eine wirtschaftliche Vollbremsung und der Abriss des Sozialstaats. Milliardäre und Multi-Millionäre wie die Quandts und Klattens haben jedoch eine Corona-Party in Deutschland gefeiert. Sie haben hunderte Millionen Euro Dividende aus BMW-Aktien gezogen. Es ist Zeit, dass sich die obersten Ein-Prozent fragen, was sie für dieses Land tun können, und nicht immer nur fragen, was dieses Land für sie tun kann. Wir brauchen nach der Bewältigung der Coronakrise eine einmalige Vermögensabgabe nach dem Vorbild des Lastenausgleichs nach dem Zweiten Weltkrieg. Unser Konzept sieht eine moderate und realistische Belastung vor. Mit den Einnahmen von 310 Milliarden Euro ließen sich etwa über den Bund die Investitionen in Ländern und Kommunen anschieben.“
Quelle: DIE LINKE. im Bundestag

6. **Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst: ÖGD-Ärzte sehen ihre Arbeit abgewertet**
Dringend gebraucht, aber kaum zu bekommen: Ärzte für den Öffentlichen Gesundheitsdienst. Der aktuelle Tarifabschluss werde die Lage noch verschärfen, fürchtet der BVÖGD. […]
Erst ab April 2021 gebe es ein Plus von 1,4 Prozent über 21 Monate mit einem Nachschlag von 1,8 Prozent ab April 2022. Umgerechnet auf die lange Laufzeit von 28 Monaten ergebe dies insgesamt ein Plus von maximal 1,5 Prozent, kritisiert Teichert. Zwar komme eine Facharztzulage von 300 Euro hinzu, von der Ärzte in Weiterbildung allerdings nicht profitierten.
Die Facharztzulage gleiche gerade einmal ein Fünftel der Differenz aus, die Fachärzte in Gesundheitsämtern im Vergleich zu Fachärzten an Kliniken verdienten. 30 Prozent

der Kollegen, die ihre Facharztausbildung noch nicht abgeschlossen hätten, gingen leer aus.
Der BVÖGD ist deshalb nicht erstaunt, dass die Gesundheitsämter große Probleme haben, ärztliches Personal zu finden. Dabei sei die „Arbeit im Öffentlichen Gesundheitsdienst spannend, erfüllend familienfreundlich und – wie nicht zuletzt die Corona-Pandemie zeigt – extrem wichtig“, sagt Teichert.
Quelle: Ärztezeitung

7. **Neue Zahlen über den mittleren Verdienst eines Teils der Pflegekräfte in den Krankenhäusern, Pflegeheimen und ambulanten Pflegediensten**
»Der Pflegebranche fehlen akut Fachkräfte. In der aktuellen Corona-Krise könnte sich die Lage noch einmal deutlich verschärfen. Als eine Ursache für den Fachkräftemangel werden u. a. zu niedrige Gehälter angeführt. Seit dem Jahr 2012 sind die Entgelte in der Krankenpflege im Großen und Ganzen entsprechend der allgemeinen Lohnentwicklung gestiegen, in der Altenpflege waren die Steigerungen überdurchschnittlich.« Mit diesen Worten beginnt die zusammenfassende Darstellung einer neuen Auswertung der Lohneinkommen von Pflegekräften, die vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA) auf der Grundlage der Beschäftigtenstatistik veröffentlicht wurde:
Man erkennt in den aktuellen Entgelt-Daten sowohl bei den Fach- wie auch den Hilfskräften das seit langem und weiterhin bestehende Gefälle zwischen der Krankenhaus- und der Altenpflege. Die Pflegefachkräfte in den Krankenhäusern verdienen im Mittel 17 Prozent mehr als die in der Altenpflege, bei den Helfern sind es sogar fast 25 Prozent Differenz zuungunsten derjenigen, die in der Altenpflege arbeiten. Und innerhalb der Altenpflege gibt es dann auch noch einmal eine durchaus erhebliche Entgeltdifferenz, wie wir gleich sehen werden.
Quelle: Aktuelle Sozialpolitik
8. **Spahn-Diktat auf Lebenszeit**
Er liest sich schwierig und harmlos, der jüngste Gesetzentwurf der Bundesregierung eines „Dritten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“. Am 6. 11. soll er in eine erste Lesung des Bundestages gehen. Wie man das stumme Parlament seit Monaten kennt, wird es seiner weiteren Kastration ohne langes Zieren zustimmen. Und obwohl das Papier bekennt, dass die bisherige Ermächtigung des Bundesministers für Gesundheit „verschiedene Maßnahmen zu treffen – ohne Zustimmung des Bundesrates“ erlassen wurde, also eindeutig gegen das Grundgesetz verstösst, will die Regierung dieses Ermächtigungsgesetz über das bisherige Beschränkungsdatum am 31. März hinaus verlängern. Das sieht nach einer Spahn-Diktatur auf Lebenszeit aus.
Quelle: Rationalgalerie

9. **Gerd Antes im Gespräch: Medizin-Statistiker kritisiert Lockdown: „Wir machen wieder vorhersehbare Fehler“**
   FOCUS Online: Herr Antes, Sie halten den aktuellen Lockdown für falsch. Aus welchem Grund?
   Gerd Antes: Da gibt es immer die zwei Perspektiven: rückblickend und vorausblickend. Rückblickend bestätigt sich leider all das, was ich seit Monaten sage. Wir finden uns ganz erstaunt in einer Situation wieder, an der nichts überraschend ist.
   Man hätte drei Szenarien machen können: Erstens, alles läuft so auf einem Niveau mit niedrigem Risiko wie im Sommer weiter. Zweitens, es zieht an, aber nicht dramatisch. Drittens, die Entwicklung geht viel schneller nach oben und wir haben jetzt im Oktober Zahlen wie wir sie vielleicht Weihnachten erwartet hätten. Das ist völlig versäumt worden. Rückblickend also ein fataler Fehler.
   Vorausblickend ist es nicht viel optimistischer zu sehen. Der Lockdown widerspricht der Aussage, dass wir lernen müssen, mit dem Virus zu leben. Jetzt rächt sich, dass wir keine intensiveren Versuche gemacht haben, das Übertragungsverhalten und die Schutzmaßnahmen zu verstehen.
   Quelle: Focus Online
10. **Bundestag beschließt neue Hartz-IV-Regelsätze**
    Der Bundestag stimmt am Donnerstag, den 5.11., über die neuen Hartz-IV-Regelsätze ab. Als enttäuschend bewertet der Sozialverband VdK den Gesetzentwurf der Bundesregierung. Erneut wurde die Chance vertan, die Berechnung der Regelbedarfe auf eine solide und verfassungsgemäße Grundlage zu stellen. Alleinstehende Erwachsene sollen ab 2021 monatlich 14 Euro mehr erhalten, bei Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren sind es 45 Euro mehr. Der VdK kritisiert die Regelbedarfe als nicht realitätsgerecht. Sie reichen nicht zum Leben, sondern zementieren Armut weiter und verhindern soziale Teilhabe. VdK-Präsidentin Verena Bentele sagt dazu: „Dass die Hartz IV-Regelsätze an den Grundbedürfnissen der Menschen vorbeigehen, wissen wir nicht erst seit gestern. Vierzehn Euro reichen vorne und hinten nicht. Wir fordern eine deutliche Erhöhung der Regelsätze, damit die Menschen am Leben teilhaben können.“
    Gerade für Kinder sieht die VdK-Präsidentin dringenden Handlungsbedarf: „Kinder und Jugendliche brauchen eine eigene finanzielle Absicherung außerhalb des Grundsicherungssystems. Wir können den Armutskreislauf nur mit einer ausreichenden materiellen Absicherung durchbrechen. Jedes Kind hat ein Recht auf ein gutes Aufwachsen.“
    Der VdK bekräftigt außerdem seine Forderung nach einem Corona-Krisen-Aufschlag. Als unbürokratische Nothilfe für Grundsicherungsempfänger sollte dieser 100 Euro monatlich betragen. Die Corona-Krise trifft die Empfänger von Grundsicherung hart

und bedeutet für sie höhere Kosten und Ausgaben.
Quelle: VdK

dazu: Weniger Menschen erhalten Mindestsicherung: Paritätischer kritisiert Erosion der sozialen Sicherungssysteme angesichts wachsender Armut
Als "alarmierendes Signal" und "massives sozialpolitisches Problem" wertet der Paritätische Wohlfahrtsverband die heute veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamtes, nach denen die Zahl der Empfänger*innen von Mindestsicherungsleistungen zuletzt sank, während gleichzeitig die Armut in Deutschland gestiegen ist. Der Verband fordert eine deutliche Erhöhung der Regelsätze in Hartz IV und der Altersgrundsicherung.
"Es kann nicht sein, dass auf der einen Seite die Armut erheblich zunimmt, auf der anderen Seite aber immer weniger Menschen in ihrer Not vom Staat unterstützt werden. Die heute veröffentlichten Zahlen zur Mindestsicherung sind keinesfalls Ausdruck eines sozialpolitischen Erfolgs und ganz bestimmt kein Anlass zum Feiern. Während die Armut wächst, geht die Zahl derer, die vom Sozialstaat aufgefangen werden, zurück", so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands.
Quelle: Der Paritätische

11. **5,5-Milliarden-Projekt: Verteidigungsausschuss stimmt für Kauf von 38 neuen "Eurofightern"**
Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer will ältere Kampfflieger ersetzen – nun hat der Verteidigungsausschuss zugestimmt. Der Haushaltsausschuss muss das Milliardenprojekt noch absegnen.
Quelle: DER SPIEGEL
12. **Monsanto-Deal: Mitarbeiter zahlen für Bayers Milliarden-Fehler**
Nach Thyssenkrupp verhebt sich wieder ein Traditionskonzern aus Nordrhein-Westfalen in Amerika. Nicht nur wegen der Glyphosat-Klagen erweist sich der Monsanto-Deal als Fehler. Die Mitarbeiter haben rasch Klarheit verdient.
Der Anspruch von Bayer ist groß: Nicht weniger als die Welternährung will der Leverkusener Konzern retten, der durch die Übernahme von Monsanto zum größten globalen Agrochemie-Hersteller aufgestiegen ist. Die Vergangenheit ist nicht minder groß: Als Apotheke der Welt hatte sich der Erfinder von Aspirin und Antibiotika einst einen Namen gemacht. Davon ist nur wenig geblieben. Groß sind bei Bayer nur noch die Verluste und die Zahl der Glyphosat-Kläger.
Quelle: RP Online
13. **Das Lithium und der Putsch in Bolivien**

Berlin nimmt erneut Zugriff auf die weltgrößten Lithiumvorräte in Bolivien ins Visier. Zuvor hatte es dort Putschisten den Rücken gestärkt
Nach der Präsidentenwahl in Bolivien hoffen Berlin und deutsche Wirtschaftskreise auf direkten Zugriff auf die vermutlich größten Lithiumlagerstätten der Welt. Schon Ende 2018 hatte das deutsche Unternehmen ACI Systems ein Joint Venture mit der staatlichen bolivianischen YLB schließen können, um das Lithium im Salar de Uyuni zu fördern, dem größten Salzsee der Erde im bolivianischen Hochland. Lithium ist für die Produktion von Batterien, wie sie etwa in Elektroautos verwendet werden, unverzichtbar und von speziellem Wert für die deutsche Kfz-Industrie. Das deutsch-bolivianische Joint Venture war allerdings Anfang November vergangenen Jahres im Verlauf schwerer Unruhen in Bolivien auf Eis gelegt und nach dem Putsch in La Paz vom 10. November 2019 nicht wieder aufgenommen worden – dies, obwohl die Bundesregierung dem Putschregime den Rücken stärkte. Nach der klaren Wahlniederlage der Putschisten setzt Berlin nun auf ein Entgegenkommen des Wahlsiegers Luis Arce – obwohl es gebilligt hatte, dass dessen Parteikollege Evo Morales 2019 gewaltsam gestürzt wurde.
Quelle: amerika21

14. **Haftbefehl gegen Dr. Cum-Ex**
Einer der Hauptverdächtigen im größten deutschen Steuerskandal ist zur Fahndung ausgeschrieben: der deutsche Steueranwalt Hanno Berger. Würde die Schweiz ihn ausliefern?
Der Steueranwalt Hanno Berger ist nicht für seine ausgeprägte Reisetätigkeit bekannt, und fortan muss er sich gut überlegen, ob er seine Wahlheimat Zuoz in den Schweizer Bergen überhaupt noch verlassen sollte. Denn er ist nicht mehr nur an zwei deutschen Gerichten wegen schwerer Steuerhinterziehung angeklagt, sein Name findet sich jetzt auch auf Fahndungslisten der Polizei: Das Landgericht Wiesbaden hat einen Haftbefehl gegen Berger erlassen, bald acht Jahre, nachdem er sich in die Schweiz abgesetzt hat. Nach Informationen von SZ und WDR ist er bundesweit zur Fahndung ausgeschrieben, ein internationaler Haftbefehl dürfte folgen. Und auch ein Auslieferungsantrag an die Schweiz.
Quelle: Süddeutsche

15. **Schöne Neue Welt**
Corona und Terror Eine nicht endende Pandemie und ein „Terrornotstand“ – unsere Realität, unsere „Normalität“ wird gerade brutal neugeordnet. Profitieren werden nur Hetze und Hass
Hier in Frankreich leben wir gerade in einem „doppelten Ausnahmezustand“, ausgerufen nur ein paar Tage nacheinander. Zuerst setzte das Parlament auf Wunsch der Regierung den „État d’urgence sanitaire“, den „Gesundheitsnotstand“ wieder ein,

dann rief der Premierminister „l'urgence attentat", den „Terrornotstand" aus. Beide haben sehr unterschiedliche Folgen und viel Symbolik – und trotzdem vermittelt es ein krasses Gefühl von Unsicherheit, das schon vorher nicht gefehlt hat.
Quelle: der Freitag

16. **Warum Coronapause in der Kunst, aber nicht beim Castortransport?**
Die Frage, was systemrelevant ist, stellt sich in den Tagen des Lockdowns Light besonders deutlich
Es gab in den vergangenen Tagen besonders im Bereich der Kunst viele Proteste gegen die Entscheidung von Bund und Ländern, dass sie im November zumindest als Präsenzveranstaltungen nicht existieren soll. Das Bündnis Alarmstufe Rot hat verschiedene Proteste dagegen organisiert.
Unter dem Hashtag #sangundklanglos übten sich am 2. November verschiedene Künstler 20 Minuten in Schweigen. Sie reagierten auf die verordnete Kunstpause also wiederum mit Kunst.
Es ist sehr positiv, dass sich hier Betroffene wehren, ohne in das verminte Gelände zu tappen, über die Sinnhaftigkeit der Coronamaßnahmen insgesamt Aussagen zu machen. Den Künstlern geht es vielmehr um die Frage, ob sie als systemrelevant oder als Zierrat gelten, auf den man in Notzeiten verzichten kann. Schließlich muss man nicht zu den Coronamaßnahmen insgesamt Stellung nehmen, um die Frage zu stellen, warum Firmen wie Tönnies oder Amazon, wo in den letzten Monaten Beschäftigte positiv auf den Coronavirus getestet wurden, geöffnet haben, während Theater, Konzerthäuser oder Galerien schließen müssen, obwohl es keine Beweise gibt, dass sich dort Menschen angesteckt haben.
Quelle: Telepolis

17. **Zu guter Letzt: Kanye West erklärt sich ebenfalls zum Sieger der US-Wahl**
Los Angeles (dpo) – Jetzt hat die Präsidentschaftswahl in den USA zwei Gewinner: Nach Donald Trump hat sich heute auch Rapper Kanye West zum Sieger erklärt und gefordert, die Auszählung der Stimmen sofort zu stoppen.
"Die Sache ist klar: Ich habe die Wahl gewonnen", erklärte West vor versammelten Reportern in Los Angeles. "Ich habe mich selbst gewählt und meine Frau Kim hat mich ebenfalls gewählt. Dass danach plötzlich noch Millionen anderer Wahlzettel aufgetaucht sind, die angeblich für Trump oder Biden abgegeben wurden, ist hochgradig verdächtig. Ich fordere, diese Stimmen sofort für ungültig zu erklären."
Quelle: Der Postillon